Zu Frage 1 a):

Die Rechtsgrundlage für die Gewährung von Fahrkosten als einmalige Beihilfe ist § 6 Abs. 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Danach können „sonstige“ Leistungen u.a. zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht gewährt werden. Anspruchsberechtigt sind Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG (Asylbewerber, Folgeantragsteller, geduldete Flüchtlinge etc.) Flüchtlingshelfer gehören nicht zum diesem leistungsberechtigten Personenkreis und sind daher nicht anspruchsberechtigt.

Ein Antrag auf Fahrkostenübernahme ist vor einer geplanten Fahrt beim Fachgebiet Soziale Leistungen durch den Flüchtling selber/ ggf. durch einen Bevollmächtigten zu stellen, damit im Vorfeld geprüft werden kann, ob und welche Kosten übernommen werden können. Dabei ist der Grund der Fahrt darzulegen, z.B. durch Vorlage des Ladungsschreibens. Fahrkosten werden in der Regel dann übernommen, wenn eine persönliche Vorsprache zwingend erforderlich ist. Dies ist beispielsweise dem Ladungsschreiben zu entnehmen.

Sofern der Übernahme von Fahrkosten dem Grunde nach zugestimmt wird, wird mit dem Flüchtling abgesprochen,

- ob die Verwaltung für ihn eine Fahrkarte kaufen soll,
- er diese selbst kaufen wird,
- ihm die Kosten in Höhe eines günstigen Fahrkartenpreises oder
- ob ein Fahrer ihn zum Zielort fahren kann und die vereinbarte Fahrkostenerstattung an ihn weitergeleitet wird.

Hierbei handelt es sich um ein gängiges Verfahren, das seit Jahren in der Verwaltung praktiziert wird.

Das Antragsverfahren wurde den Sprechern des Flüchtlingshelferkreises erläutert und ein entsprechender Antragsvordruck zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 1 b):

Ein Onlinehandbuch wird nicht erarbeitet werden. Die Sprecher des Rheinbacher Flüchtlingshelferkreises und der Fachbereich IV treffen sich in regelmäßigen Abständen, um bestehende und aufkommende allgemeine Fragen und Verfahrensabläufe zu klären. Die Ergebnisse werden dann in die Helferkreise bzw. in die Verwaltung weitergeleitet.

Zu Frage 2 a):

Das Abstimmungsgespräch fand am 20.04.2016 statt. An dem Gespräch nahmen

auch der Bürgermeister und Erste Beigeordnete teil. In dem Gespräch erläuterte die Verwaltung einige verwaltungsinterne Grundlagen im Umgang mit der Flüchtlingsunterbringung sowie Probleme in der Kommunikation mit den Flüchtlingshelfern. Die eingeladenen Flüchtlingshelfer äußerten ihrerseits Probleme und Missstände, die im Umgang mit den Mitarbeitern der Verwaltung aufgetreten sind.

Zu Frage 2 b):

Zwischenzeitlich konnten in regelmäßigen Abstimmungsgesprächen zwischen den Sprechern des Flüchtlingshelferkreises und den Verantwortlichen des Fachbereiches IV die drängenden Fragen beantwortet und Probleme zufriedenstellend diskutiert werden, so dass alle Aufgaben der Ehrenamtlichen und der Verwaltung sinnvoll ineinandergreifen können. Der Dialog wird fortgesetzt.